

BERLINER REPUBLIK ■ Je stärker die Bürger an den politischen Entscheidungen ihrer gewählten Politiker beteiligt werden, desto mehr identifizieren sie sich mit ihrem Gemeinwesen. Ein Schweizer Politiker rät den Deutschen, aus den Erfahrungen der Eidgenossen zu lernen

„Mehr Demokratie wagen“

VON ANDREAS GROSS

Die viel und oft beklagte „Politikverdrossenheit“ in Deutschland hat sich recht schnell als vielfacher Verdruss an bestimmten Politikern, Parteien oder Parlamentsentscheidungen entpuppt. Denn sie ging einher mit einer überdurchschnittlichen Partizipationsbereitschaft vieler Bürgerinnen und Bürger aus allen Schichten der deutschen Gesellschaft. Deren Bereitschaft, sich einzumischen, manifestiert sich nicht nur in Umfragen, sondern immer häufiger auch unmittelbar – sei es auf Straßen und Plätzen, sei es rund um einen alten Bahnhof oder im wachsenden Gebrauch der nicht sehr bürgerfreundlich gestalteten Bürger- und Volksbegehren: Von 1950 bis 1989 wurden in deutschen Bundesländern „nur“ 28 Volksbegehren eingeleitet, seither aber nicht weniger als 210.

Viele Europäerinnen und Europäer merken, dass mit ihrer Demokratie etwas nicht mehr stimmt. Es ist von der „Krise der Demokratie“ die Rede – auch in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, einem Forum, dem über 300 Parlamentarier aus 47 europäischen Staaten angehören. Dabei wird keineswegs die normative Wertschätzung der Demokratie in Zweifel gezogen. Ganz im Gegenteil: Zwischen Ostsibirien und den Azoren, Murmansk und Tbilissi findet sich kein Politiker – der weißrussische Diktator Lukaschenko vielleicht ausgenommen –, der für sich nicht das Etikett des Demokraten beanspruchte. Noch nie in der langen Geschichte Europas haben so viele Menschen in demokratisch verfassten Staaten gelebt. Niemals zuvor aber waren zugleich auch so viele Menschen von der real existierenden und der täglich erlebten Demokratie so enttäuscht wie derzeit. Diese Diskrepanz zwischen dem Anspruch der Demokratie und ihrer Wirklichkeit ist der Kern der gegenwärtigen Krise der Demokratie.

Viele Bürgerinnen und Bürger in Europa lassen sich nicht mehr länger mit der britischen Demokratie-Variante



Karikatur

abspeisen, wonach es genügen soll, diejenigen zu wählen (oder auch abzuwählen) von denen man regiert bzw. nicht mehr regiert werden will. Vielmehr erinnern sie sich an Jean Jacques Rousseau, dessen positive Demokratie-Utopie von der Selbstregierung der Menschen der große US-Präsident Abraham Lincoln ein Jahrhundert später auf dem Soldatenfriedhof von Gettysburg zum konkreten Versprechen einer Regierung „durch, mit und für das Volk“ verdichtete. Das war ganz im Sinne der Bürgerrechtserklärung der Französischen Revolution, wonach frei nur ist, wer jenen Normen folgt, die er direkt oder indirekt sich selber gesetzt hat, oder im Sinne des Marquis de Condorcet, des größten Demokraten in der revolutionären verfassungsgebenden Versammlung Frankreichs: „Wer betroffen ist von einer Entscheidung, sollte auch zum Kreis der Entscheidenden gehören und am Entscheidungsprozess mitwirken können“.

Die demokratische Wirklichkeit der Gegenwart sieht 200 Jahre später ganz anders aus: Trotz des „Siegeszugs der Demokratie“ und aller ausgereiften demokratischen Verfassungen fühlen sich die meisten Bürgerinnen und Bürger

politisch ohnmächtig. Sie sind zwar ungleich besser informiert und politisch gebildet, doch von den wesentlichen Entscheidungsprozessen sehen sie sich ausgeschlossen.

Denn Demokratien bieten nicht nur all die Institutionen, Verfahren und Entscheidungsprozesse, die notwendig sind, damit die mit der Freiheit notwendigerweise verbundenen Konflikte gewaltfrei ausgetragen werden können. Sie gründen auch auf dem substanziellen Versprechen, dass alle Bürger gleich sind bei der Mitgestaltung ihrer Lebenswelt und dass die Lebenschancen zwischen den Menschen dem entsprechend nicht allzu ungleich verteilt sein sollten.

Wir sind gegenwärtig also gleichsam mit einer doppelten Krise der Demokratie konfrontiert: Repräsentation allein reicht nicht mehr; sie muss um direktere Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten ergänzt und erweitert werden. In einer globalisierten Welt lässt sich das substanzielle Versprechen der Demokratie zudem nur dadurch einlösen, dass sie im dritten Jahrhundert ihrer Existenz nach der Kommune, der Region, dem Nationalstaat endlich auch die suprastaatliche, transnationale Ebene erfasst. Um diese

XXXX

freilich demokratisch verfassen zu können, müssen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort Vertrauen in die Notwendigkeit der Demokratie und deren Leistungsfähigkeit fassen und dies ist ohne Beteiligung an den lokalen Entscheidungen kaum vorstellbar. Die doppelte Krise der Demokratie kann also auch nur auf beiden Wegen, nach innen wie nach außen, überwunden werden. Beide Wege bedingen einander und beide müssen begangenen werden – von den Bürgerinnen und Bürger selber. Sie müssen mehr Macht einklagen, und selbst aktiv etwas gegen ihre Ohnmacht tun, sonst werden sie gegen diejenigen, die heute zu viel Macht (und sei sie auch nur eine vermeintliche) bei sich monopolisieren, nichts ausrichten können. Ohne Druck sind sie nicht bereit, ihre Macht zu teilen.

Um den vielen in Deutschland kursierenden Missverständnissen rund um die Direkte Demokratie zu begegnen mögen die folgenden zehn kurzen Thesen zur ihrem theoretischen Charakter und praktischen Konsequenzen hilfreich sein:

1. In einer „Direkten Demokratie“ wird politische Macht besser und feiner verteilt. Es bleibt mehr Macht bei den Bürgerinnen und Bürgern. Diese beschränkt sich nicht ausschließlich auf den Wahlakt. Auch zwischen den Wahlen haben Minderheiten (beispielsweise 2% aller Wahlberechtigten) das Recht und die Möglichkeit, die Souveränitäts-Delegation aufzukündigen und bezüglich eines konkreten Beschlusses des Parlamentes eine Volksabstimmung (Referendum) zu verlangen. Wenige Bürger haben außerdem das Recht, jederzeit allen Bürgern konkrete Verfassungs- und Gesetzesänderungen vorzuschlagen (Volksinitiativen), über die wiederum in einer Volksabstimmung entschieden wird.

2. Direkte Demokratie stärkt also nicht die Macht Einzelner und es geht auch nicht darum, dass Herrschende sich durch irgendwelche Suggestivfragen eine Legitimität verschaffen können, die ihnen nicht zukommt. Hier liegt genau der Unterschied zu einem autoritären undemokratischen „Plebiszit“, mit dem Diktatoren von Napoleon dem Dritten über Hitler und Pinochet immer geliebäugelt haben.

3. Auch in der Direkten Demokratie ist das Parlament – und damit das repräsentative Element – eine unverzichtbare Institution. Zu den Qualitätsmerkmalen

einer gut funktionierenden demokratisch verfassten Gemeinwesens gehört die Frage, wie indirekte und direkte Demokratie zusammenspielen. So wie das Parlament jeder Volksinitiative einen Gegenvorschlag gegenüberstellen können muss, sollten auch die Bürger bestimmten parlamentarisch beschlossenen Gesetzesartikeln in einem „konstruktiven Referendum“ eine Alternative gegenüberstellen können dürfen, so dass in der Volksabstimmung nicht nur einfach Ja/Nein-Positionen einander gegenüberstehen sondern Varianten, die auch eine differenzierte Diskussion ermöglichen.

4. In der Direkten Demokratie machen einige Bürgerinnen und Bürger allen Bürgerinnen und Bürgern Vorschläge für Gesetzes- oder Verfassungsrevisionen. Darüber wird geheim abgestimmt. Es geht also weder um Plebiszite, noch um Personen – Sachabstimmungen habe eine ganz andere diskursive Logik als Personenwahlen – oder um Basis- oder Versammlungsdemokratie, welche immer wieder viel zu manipulierbar sind.

5. Volksabstimmungen oder Volksentscheide in sind in der Direkten Demokratie keine Entweder-Oder-Befragungen, keine Instant-Entscheidungen, kein demoskopisches „Meinungsbild“. Ihnen geht vielmehr ein langer, vielfältig reflektierter Meinungsbildungsprozess voraus. Tempo und Schnelligkeit sind dabei von sekundärer Bedeutung, die Qualität der Kommunikations- und Meinungsbildungsprozesse ist wichtiger.

6. Die Seele der Direkten Demokratie ist die Kommunikation, die tausendfachen Gespräche, das gemeinsame Nachdenken verschiedener Menschen, wo immer sie einander begegnen mögen. Immer wieder verständigt sich die Gesellschaft über offene kontroverse Fragen. Die Menschen werden nicht nur gefragt, sind finden auch Gehör; sie können nicht nur sagen, was sie denken, es muss ihnen auch zugehört werden – genau das, was heute die meisten in der Demokratie vermissen.

7. Die Qualität der Direkten Demokratie hängt wesentlich auch von der Achtung der Grund- und Menschenrechten ab. Deren Respektierung wird durch die (in der Schweiz auf Bundesebene übrigens noch fehlende) Verfassungsgerichtsbarkeit gewährleistet. Sie verhindert eine – die Grund- und Menschenrechte verletzende – Tyrannei der Mehrheit

8. Direkte Demokratie ermöglicht allen am Diskussionsprozess beteiligten die für den Wandel notwendige Aufmerksamkeit zu erzeugen und verhindert, dass Markt- und Herrschaftsinteressen alleine die Tagesordnung der öffentlichen Diskussion und der Öffentlichkeit bestimmen. Sie gibt den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, Öffentlichkeit herzustellen auch dann und dort, wo politisch Regierende und/oder wirtschaftlich Herrschende dies nicht wollen oder mögen.

9. Finanzielle Ressourcen müssen in der direkten wie der indirekten Demokratie transparent gemacht werden, soll die Demokratie nicht zu einem Privileg der Privilegierten verkommen – ein anderes Defizit, das zum Beispiel die Schweiz heute noch sehr belastet.

10. Eine fein ausgestaltete Direkte Demokratie trägt zu Qualitäten bei, welche moderne Gesellschaften am nötigsten haben: Kollektive Lernprozesse, gesellschaftliche Integration. Vielfalt ohne Zwang, echte und freiheitliche Identifikationsmöglichkeiten und Identitätsbeschaffung ohne ethnizistische Verirrungen. Vor allem aber ermöglichen sie mehr Freiheit, im ursprünglich republikanischen Sinn: Jene die betroffen sind von Entscheidungen, sind Teil des Entscheidungsprozesses und alle haben die Möglichkeit, miteinander jene Lebensumstände zu gestalten, die alle betreffen.

Heute sind viele Menschen zu mehr Freiheit und echter Demokratie eher fähig als vor 200 Jahren, als diese Ansprüche formuliert worden sind. Dass so viele ihre politischen Fähigkeiten nicht einbringen können ist ein Teil der Gründe, weshalb sie frustriert sind von der herrschenden Demokratie. Die Defizite sind seit langem bekannt. Schon 1969 versprach der sozialdemokratische deutsche Bundeskanzler Willy Brandt den Bürgerinnen und Bürgern mehr Partizipation an den demokratischen Entscheidungen: „Wir wollen mehr Demokratie wagen.“ Ein großartiger Appell – aber heute, 40 Jahre später, immer noch ein unerfülltes Versprechen.

ANDREAS GROSS

58, ist Politikwissenschaftler, Abgeordneter im Schweizer Bundestag und Präsident der SPD-Fraktion der Parlamentarischen Versammlung des Europarats